

THEMA DER AUSGABE:

MONTENEGRO VOR DEM REFERENDUM

Es war im September 2000, kurz vor dem Sturz Milosevics. NATO-Generalsekretär George Robertson traf sich in Dubrovnik mit dem kroatischen Präsidenten Stipe Mesic, um zu planen, wie die NATO und das neue, demokratische Kroatien gemeinsam einen gewaltsamen Vorstoß Slobodan Milosevics nach Montenegro verhindern könnten. Seit dem Kosovo-Krieg hing das Damoklesschwert einer neuen gewaltsamen Aggression Serbiens, diesmal gegen Montenegro, über der Region und allen Stabilisierungsbemühungen. Die Gefahr war real: Ein serbischer Vorstoß, unterstützt durch paramilitärische Kräfte, schien keineswegs ausgeschlossen - mit dem Ziel, im bergigen Norden Montenegros, überwiegend von Serben bewohnt, einen Bürgerkrieg zu entfachen. Ziel wäre der Sturz der Führung in Podgorica um Präsident Milo Djukanovic gewesen. Statt Djukanovic traf es jedoch wenige Wochen später Milosevic selbst, und zwar auf demokratischem Wege. Seither ist die Kriegsgefahr zwischen Serbien und Montenegro gebannt. Eine gewaltsame Lösung der Verfassungsfrage um die Zukunft der Bundesrepublik Jugoslawien wird es mit der neuen Führung in Belgrad kaum mehr geben - eigentlich ein Grund, die Dinge nun etwas gelassener anzugehen.

Doch die Jahre existentieller Bedrohung und permanenter Repression wirken nach, haben in vielen Biographien tiefe Spuren hinterlassen. Diese Vergangenheit, die im übrigen weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht, lässt sich nicht einfach mit einem Federstrich auslöschen - auch wenn die Politiker in Berlin, Paris und Brüssel dies gerne täten. Aus dem hofierten Antipoden Milosevics im eigenen Land, Präsident Djukanovic, ist ein unbequemer Partner geworden. Ähnlich wie die unabhängigen Städte und Medien in Serbi-

en war er vom Westen in der letzten Phase der Milosevic-Herrschaft politisch heftig umworben und finanziell unterstützt worden. Differenzen waren heruntergespielt worden. Irgendwie, so hoffte man, irgendwie werde man Milosevic doch noch stürzen können. Nun hat sich das Blatt gewendet. Belgrad ist „demokratisiert“, aus westlicher Sicht stellt sich eigentlich die Frage der Unabhängigkeit Montenegros nicht mehr. Schließlich sollte sich doch mit der neuen Führung in Belgrad ein Einvernehmen über „ein demokratisches Montenegro in einem demokratischen Jugoslawien“, so die offizielle Formel, finden lassen.

Doch auch massive Warnungen vor einer Kürzung von politischer und finanzieller Unterstützung fruchten bisher nicht: Djukanovic hält am Kurs auf Unabhängigkeit und am geplanten Referendum im April 2001 fest, zu *seinen* Bedingungen. Die letzte Vermittlungsrunde, erstmals unter Einschaltung von Xavier Solana, dem Hohen Repräsentanten der GASP der EU, ist erneut Mitte Januar gescheitert. Das Referendum, für das es in Montenegro keineswegs eine klare Mehrheit gibt, scheint nicht mehr aufzuhalten. Fast trotzigt verfolgt die montenegrinische Führung dieses Ziel.

Wer sich heute in Podgorica aufhält, hört hinter vorgehaltener Hand schwere Vorwürfe an die Adresse der internationalen Gemeinschaft: Allen Teilrepubliken des früheren Jugoslawien habe man die Unabhängigkeit und internationale Anerkennung gewährt, nur Montenegro nicht. Dabei habe sich die Europäische Union doch in den Schiedssprüchen der Badinter-Kommission von 1991/92 selbst verpflichtet, bei Einhaltung bestimmter Bedingungen (insbesondere Minderheitenrechte) die Unabhängigkeit der ehemaligen Teilrepubliken anzu-

erkennen. Im übrigen sei es doch widersinnig, dass sich die Europäische Union mit jenen Kräften in Montenegro um Predrag Bulatovic faktisch verbündet habe, die seit 1992 mit Milosevic in Belgrad paktierten und für seine Politik des Genozids und der Repression mit verantwortlich seien. Diese Kräfte hatten im jugoslawischen Parlament noch nach Milosevics Sturz seine Auslieferung nach Den Haag mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Sie seien bis heute nicht nur pro-jugoslawisch und damit gegen die Unabhängigkeit Montenegros ausgerichtet, sondern auch anti-europäisch orientiert. Eine wirkliche Erneuerung habe in dieser Partei nicht stattgefunden. Diesen Kräften gebe die heutige Politik der EU Unterstützung und Auftrieb - den demokratischen und pro-europäischen Kräften in Montenegro dagegen, die sich für die Unabhängigkeit aussprechen, stelle man sich offen entgegen und schwäche sie im innenpolitischen Ringen um die Zukunft des Landes auch noch. Enttäuschung über die europäische Politik, ja Fatalismus und eine ausgesprochen depressive Stimmung macht sich unter diesen Umständen unter vielen, eigentlich europäisch gesinnten Menschen in

INHALT

- Branko Lukovac:**
Kurs auf Unabhängigkeit
- Klara Stovicek:**
Internationale Stimmen
zu Montenegro
- Momcilo V. Radulovic:**
Montenegro - eine
historische Miszelle
- Milan Popovic:**
Die doppelte Identität
Montenegros
- Rafael Biermann/
Emil Mintchev:**
Konferenz des Netzwerks
für Europastudien in
Belgrad

Podgorica breit. Ohnehin wirken viele nach den Jahren des Kampfes um das tägliche Überleben im Sozialismus und Nationalismus erschöpft und müde.

In Belgrad ist das Kalkül anders, vielschichtig. Präsident Kostunica, den die montenegrinische Führung eigentlich gar nicht anerkennt, da sie die jugoslawischen Wahlen vom September letzten Jahres boykottiert hat und die gegenwärtige Verfassungsordnung aus Milosevic-Zeiten als illegitim ansieht, kämpft um das Überleben Jugoslawiens und damit zugleich um sein eigenes politisches Überleben. In den Verhandlungen mit Podgorica will er nur über eine Reformierung der Bundesrepublik Jugoslawien verhandeln, nicht aber über Modalitäten einer Lösung Montenegros. Dabei sieht er sich von allen internationalen Akteuren, vor allem von der EU, gestützt, was seine Verhandlungsposition nicht eben flexibler macht. Allerdings kann er diese Position nicht allzu lange beibehalten. Der gegenwärtige Zustand ist für ihn höchst unzufriedenstellend: Denn Kostunica ist ein König ohne Land. Die Bundesrepublik Jugoslawien, über die er präsidiert, steht seit 1997 nur auf dem Papier. Mehr als der Oberbefehl über die Bundesarmee ist ihm kaum geblieben. Manche in Belgrad vermuten deshalb, der in Den Haag angeklagte derzeitige serbische Präsident Milutinovic halte sich nur deshalb im Amt, um Kostunica den Platz freizuhalten, falls die jugoslawische Föderation doch durch ein Unabhängigkeitsvotum Montenegros zerfällt. Lange lässt sich dieser Platzhalter jedoch nicht mehr halten. Kostunica muss deshalb an einem raschen Abschluss der Verhandlungen mit Montenegro gelegen sein.

Der serbische Ministerpräsident Djindjic hat sein eigenes Kalkül. Bei ihm scheint die Erkenntnis zu wachsen, dass er politischen Ballast abwerfen muss, will er sein zentrales Ziel, eine rasche Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage, vorantreiben. Daran werden die Wähler seine erste Amtszeit bei den nächsten Wahlen messen - nicht daran, was aus Montenegro geworden ist. Die Statusfrage Montenegros (und auch des Kosovo) bindet in Belgrad viele Kräfte. Die prekäre Machtbalance zwischen den jugoslawischen Staatsorganen, die de facto nur noch auf dem Papier stehen, und der serbischen Regierung, die alle Macht in Serbien für sich beansprucht und sich immer wieder, wie bei der Auslieferung Milosevics, über die Vorbehalte der Bundesinstanzen hinwegsetzt - diese Machtbalance ist latent instabil, führt zu großen Reibungsverlusten und unklarer Kompetenzverteilung. Schließlich will Djindjic in den Verhandlungen mit der Europäischen Union um eine europäische Perspektive Serbiens (Stabilisierungs- und

Assoziierungsprozess) rasch vorankommen. So lange jedoch die Frage der Zukunft Jugoslawiens nicht geklärt ist, fehlt Brüssel ein klarer Ansprechpartner. Die Vorstellung, Verhandlungen mit dem jugoslawischen Außenministerium zu beginnen, das sich dann möglicherweise auflöst, ist nicht sehr attraktiv aus Sicht Brüssels. Djindjic ist deshalb eine rasche Lösung der Statusfrage wichtig - doch überlässt er Kostunica die Verhandlungsführung und hält sich auffällig zurück. Er scheint eher geneigt, Montenegro letztlich die Unabhängigkeit zuzugestehen. Er selbst würde dabei sogar noch zugewinnen, wenn er die Macht nicht mehr mit Kostunica teilen müsste. Ihr Verhältnis ist ohnehin, nicht zuletzt deshalb, gespannt.

Als die letzte Verhandlungsrunde zwischen Belgrad und Podgorica im Herbst scheiterte, bekundeten deshalb Kostunica wie Djindjic die Ansicht, nun könne nur noch das Referendum Klarheit bringen. Alle Möglichkeiten, sich auf dem Verhandlungswege zu einigen, schienen vergeben. Doch nun intervenierte die EU, forderte eine Fortsetzung der Verhandlungen, stellte einen eigenen Vermittler (Solana) und forderte einen Aufschub des Referendums. Warum liegt den europäischen Hauptstädten so viel daran, eine wie auch immer geartete Neuaufgabe der Bundesrepublik Jugoslawien zustande zu bekommen, mithin die Unabhängigkeit Montenegros zu verhindern? Zwei Gedankenstränge scheinen maßgeblich: Zum einen droht angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse in Montenegro, wie sie sich bei den letzten Wahlen im April 2002 erneut zeigten, eine Phase bedenklicher Instabilität in Montenegro, wenn das Referendum abgehalten wird. Ein positives Votum für die Unabhängigkeit lässt eine starke Minderheit unberücksichtigt, die den Erhalt Jugoslawiens wünscht (vor allem die Serben in Montenegro). Deren Reaktion auf das Referendum wäre angesichts der starken Polarisierung der montenegrinischen Gesellschaft in der Statusfrage völlig offen. Ein negatives Votum wiederum dürfte, so versichern die Djukanovic-Anhänger, die gerade erst entstehende Demokratie in Montenegro weit zurückwerfen und die demokratischen, pro-europäischen Kräfte schwächen. Mit dem Rückenwind des Referendums könnte Bulatovic, so mutmaßen viele, erneut an die Macht kommen. Der Demokratie in Montenegro dürfte dies kaum zuträglich sein. Ein weiterer *brain drain* der jungen Elite des Landes wäre zudem die Folge.

Zum zweiten jedoch, und dies scheint aus internationaler Sicht wesentlicher, würde eine montenegrinische Unabhängigkeitserklärung einen Strich durch die Rechnung der europäischen Balkanpolitik machen. Ziel der internationalen Po-

litik auf dem Balkan ist es, wie seit 1991, die Entstehung neuer Staaten auf dem Balkan tunlichst zu verhindern. Denn dies wird mit neuer Instabilität gleichgesetzt. Argumentiert wird mit der Dominotheorie und dem Präzedenzfall-Argument. Eine Unabhängigkeit Montenegros könnte Rückwirkungen auf das gesamte prekäre Staatsgefüge auf dem Balkan haben. Mit der Unabhängigkeit Montenegros erlischt Jugoslawien, mithin auch der Rechtsrahmen, in den das Kosovo nach internationalem Recht (VN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999) noch immer eingebunden ist. Völkerrechtlich entsteht dann auch für das Kosovo eine neue Lage; die Argumente gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo würden ebenfalls stärker - auch politisch-psychologisch, denn wie will man den einen vorenthalten, was man den anderen gewährt? Das gilt auch für die Serben in der Republika Srpska.

Damit wird die ganze Tragweite der Statusfrage Montenegros aus europäischer Sicht offenbar. Es geht um die Wahrung des Abkommens von Dayton - auch wenn die Staatskonstruktion, wie sie in Dayton vorgegeben wurde, nur schwer haltbar ist. Es geht um die Wahrung der minimalen Chance, zumindest völkerrechtlich, dass das Kosovo doch noch in einem irgendwie gearteten neuen Jugoslawien, vielleicht aufgewertet als dritte Republik, seinen Platz finden könnte. Argumente, die weit über Montenegro hinausreichen - und die für viele Montenegriner nichts mit ihrem Recht auf Selbstbestimmung zu tun haben. Sollen sie nur deshalb, weil die internationale Politik um ihre Positionen in Bosnien und im Kosovo fürchtet, auf die Unabhängigkeit verzichten? So jedenfalls argumentieren viele Gesprächspartner in Podgorica.

Für die internationale Politik kommt dies alles einer Quadratur des Kreises gleich. Der Zerfallsprozess Jugoslawiens scheint noch immer nicht abgeschlossen. Ob es wirklich sinnvoll ist, eine neue, vierte jugoslawische Staatskonstruktion herbeizuführen, wie in Bosnien und im Kosovo gegen den erklärten Willen vieler Menschen, in diesem Fall auch noch der ausgesprochen pro-europäischen und jungen Menschen, sei dahingestellt. Möglicherweise kämpft die EU um eine Ordnung, die hier wie dort nicht haltbar ist. Eine Neuaufgabe Jugoslawiens, das nur ein Papiertiger ist, getragen lediglich vom Willen Brüssels, mag kurzfristig ein Erfolg sein. Ob es langfristig lebensfähig ist, ob es wirklich für Ruhe, neues Vertrauen und gutes Miteinander zwischen Serbien und Montenegro sorgt, ob die internationale Gemeinschaft nicht erneut einem lange abgefahrenen Zug auf dem Balkan hinterherläuft - hier bleiben Zweifel.

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern ab, die exklusiv für den *SOE-Monitor* geschrieben sind. Wir setzen die Serie heute mit einem **Beitrag des Außenministers von Montenegro, Branko Lukovac**, fort.

Kurs auf Unabhängigkeit

Es ist nun fast fünfzehn Jahre her, dass das politische Drama im früheren Jugoslawien mit den Veränderungen auf der politischen Bühne Serbiens begann. Der Tod Titos markierte den Beginn für den Aufstieg jener Kräfte, die Serbien als „Piemont“



und Regionalmacht in diesem Teil Europas sahen. Inspiriert wurden sie durch das serbische mittelalterliche Reich Dusan des Großen und durch die Denkschrift „Nacertanije“ von Ilija Garasanin, dem serbischen Innenminister aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, auch durch den Respekt, den sich die Serben im Ersten und Zweiten Weltkrieg erwarben und durch die Tatsache, dass sie das größte Volk und die größte Teilrepublik im früheren Jugoslawien waren. Ihre bekanntesten Schriftsteller und einige Wissenschaftler, zusammengeslossen in der Serbischen Akademie der Wissenschaften, verkündeten in ihrem Memorandum von 1986, dass „Serbien im Frieden verlor, was es im Krieg gewann“, und dass das frühere Jugoslawien der „Kerker“ Serbiens war.

Dieser Einschätzung folgend, forderte Serbien eine neue Machtverteilung in Jugoslawien auf der Basis „one man, one vote“. Was unmöglich im Rahmen der bestehenden Institutionen zu erreichen war, wurde über den Druck der Straße durchgesetzt. Nach Aufhebung der Autonomie des Kosovo und der Vojvodina, nach dem „weichen Staatsstreich“ in Montenegro läuteten die Alarmglocken in den anderen Repu-

bliken. Es folgten die Unabhängigkeitserklärungen, dann die Referenden in Slowenien, Kroatien, später in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien. Das war der Vorwand für die politische Führung in Serbien, welche die Kontrolle über die Institutionen des Gesamtstaates erlangt hatte, Krieg gegen die anderen Republiken zu beginnen, mit Ausnahme Mazedoniens. Die größte Tragödie in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, Hunderttausende von Toten, Millionen Flüchtlinge war die Folge. Die mehr als ein Jahrzehnt andauernden schweren Krisen in Südosteuropa konnten die EU, die USA und die gesamte internationale Gemeinschaft bis heute nicht lösen - trotz der Vertreibung des Milosevic-Regime durch eine Explosion nationaler Unzufriedenheit und trotz seiner Verhaftung und Auslieferung nach Den Haag, wo er als Symbol dieser Politik vor Gericht steht.

Montenegro war die erste Teilrepublik des früheren Jugoslawien, die 1999 Opfer der neuen serbischen Politik wurde. Dies geschah nach systematischer Vorbereitung, Organisation und Umsetzung der „anti-bürokratischen Revolution“ der Milosevic-Anhänger. Danach wurde Montenegro für die schmutzigen Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo genutzt. Mitte der 1990er Jahre, als die Anti-Milosevic-Politik in Montenegro stärker wurde, die Wahlen gewann und sich offen gegen die Kriegspolitik Serbiens stellte, entfachte die serbische Führung eine erbitterte Kampagne gegen die demokratisch gewählte Führung in Montenegro. Serbien verhinderte, dass die gewählten Vertreter Montenegros im Bundesparlament und in der Bundesregierung ihre Plätze einnehmen konnten; statt dessen brachten sie ihre Anhänger aus Mon-

tenegro in diese Positionen. Serbien begann mit der Wirtschaftsblockade gegen Montenegro, verriegelte seine Grenzen und übte über die Bundesarmee permanent Druck aus, um die demokratischen Vertreter Montenegros zu stürzen. Schließlich änderte Serbien auch die Bundesverfassung und beraubte Montenegro seines gleichberechtigten Status' in der Föderation. Auf diese Weise wurde Montenegro das letzte Opfer der serbischen Politik, wie sie sich in den 1980er Jahren durchsetzte, denn alle anderen Republiken gewannen durch blutige Kriege ihre Unabhängigkeit und internationale Anerkennung.

Die montenegrinische Regierung verabschiedete Ende 2000 ein neues Programm für zukünftige Beziehungen zu Serbien, basierend auf der Unabhängigkeit und einem eigenen internationalen Status, entsprechend dem Status, den auch alle anderen ehemaligen Teilrepubliken des früheren Jugoslawien heute haben. Kurz danach schlug Montenegro der neuen Führung Serbiens Gespräche über dieses Thema vor. Beide Länder könnten, als unabhängige Staaten, eine Allianz formen, auf die sie gewisse Kompetenzen übertragen könnten. Auf diese Weise werde die Ähnlichkeit und Nähe beider Staaten ausgedrückt und dem Verlangen jenes Teils der montenegrinischen Bevölkerung, der in einer Art von Union mit Serbien verbleiben will, Genüge getan. Dieses Vorgehen der montenegrinischen Regierung wurde in den Parlamentswahlen vom April 2001 bestätigt.

Serbien jedoch vermeidet Gespräche über die Unabhängigkeit und eine mögliche Union unabhängiger Staaten, weil es - auch nach all dem, was geschehen ist - die Föderation noch erhalten will. Kostunica will

verhandeln, doch nur über eine Neuaufgabe der Föderation. Er holt sich die EU, die USA und andere internationale Akteure zu Hilfe, um Druck auf Montenegro auszuüben. Schließlich hat sich die EU zur Vermittlung entschlossen und neue Gespräche über künftige Beziehungen und die Föderation herbeigeführt, wobei sie selbst klar einen Erhalt der Föderation wünscht, wenn auch nur einer lockeren. Sie begründet diese Position mit der Furcht vor Instabilität in der Region, denn einerseits gebe es keine klare Mehrheit für die Unabhängigkeit, andererseits habe ein solcher Schritt negative Auswirkungen auf andere Gebiete des Balkan (Kosovo, Bosnien und Herzegowina).

Montenegro ist offen für die gegenwärtige Initiative der EU, bereit über diese Fragen mit Serbien zu sprechen, in Gegenwart der EU-Repräsentanten. Aber es ist nicht realistisch zu erwarten, dass die poli-

Ankündigung:

Internationale Konferenz
„Montenegro and Europe“,
veranstaltet vom Center for
International Studies der
Universität Montenegro und der
Friedrich Ebert Stiftung
15.-17. März 2002

tische Führung von Montenegro ihre feste Haltung in der Frage der Unabhängigkeit aufgibt. Die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen wie auch die politischen Programme wichtiger Parteien verpflichten die montenegrinische Führung, auf diesem Weg voranzugehen. Nach den grundlegenden Veränderungen der Landkarte auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien besteht Montenegro darauf, für sich das gleiche Recht wie auch alle anderen ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens in Anspruch nehmen zu können. Während der tragischen Dekade des Lebens in der Bundesrepublik Jugoslawien zusammen mit Serbien hat Montenegro klar erkannt, dass es keine Chance auf wirkliche Gleichberechtigung gibt und auf Verwirk-

lichung der eigenen Entwicklungsinteressen in diesem Rahmen. Die kulturelle, nationale und staatliche Identität würde *per definitionem* erstickt in einem Staat, in dem der Partner 10 bis 17 Mal größer ist als Montenegro, je nachdem, ob man das Territorium, die Wirtschaftskraft oder die Bevölkerung rechnet.

Für die EU und die anderen internationalen Akteure wird dies ein weiterer Test politischer Konsistenz und Fähigkeit sein, in verantwortlicher Weise die Herausforderungen, wie sie sich aus dem Zerfallsprozess von Staaten in Europa ergeben (Sowjetunion, Jugoslawien, CSSR), anzugehen. Von allen Staaten, die zuvor konstitutive Teile ehemals komplexer Staaten waren, hat lediglich Montenegro noch nicht seine Unabhängigkeit und einen gleichberechtigten internationalen Status erreicht. Die Probleme im Kosovo, die Konsolidierung Bosniens nach Dayton, oder auch die Probleme, die einige europäische Länder mit ihren Minderheiten oder Regionen haben (wie etwa in Tschetschenien, Tatarstan, Katalonien, Korsika, Nordirland), können in keiner Weise mit dem Fall Montenegro gleichgesetzt werden; und sie können nicht als Alibi dienen für eine Politik, welche Montenegro vom Weg abhalten will, seine historischen Rechte wahrzunehmen. Schließlich hat Montenegro auch sehr gute moralische und politische Gründe für seine Einschätzungen und seine Entschlossenheit, die es zu respektieren gilt: Es ist der einzige Staat im früheren Jugoslawien, der - trotz ständiger Drohungen durch die ehemalige serbische Politik - Frieden, Stabilität und interethnische Harmonie bewahrt hat. Es ist der einzige Staat, der den demokratischen Kräften in Serbien für ihren Kampf gegen die Milosevic-Diktatur Unterschlupf und Unterstützung geboten hat. Die gleiche Unterstützung erhielten die EU und die USA sogar während der unpopulären Bombardierung Jugoslawiens, nach dem Exodus der Kosovo-Albaner, Anfang 1999.

Stabilität in der Region sollte auf einem Respekt vor dem demokratisch

ausgedrückten Willen der Bürger basieren. Wie zu Zeiten des Milosevic-Regime, nutzt Serbien noch immer lokale Serben und Gruppen, die der serbischen Politik nahe stehen, um den Willen einer Minderheit durchzusetzen, unter der Androhung neuer Unruhen, von Krieg, sogar der Loslösung von Grenzgebieten (erinnern wir uns an die autonomen Gebiete Slawonien und Krajina). Das würde den serbischen Traum, ein machtvoller Staat auf dem Balkan zu werden, nur noch fördern. Eine solche Lösung Montenegro aufzuerlegen, auch durch Sonderkonditionen (Konsens aller, „überzeugende Mehrheit“, zusätzliche Verifizierung des Referendums), würde die Kapitulation europäischer Werte und demokratischer Verfahren bedeuten vor den Werten und Verfahren, wie sie die frühere Politik Serbiens mit Gewalt durchsetzte. Ist nicht die Bundesrepublik Jugoslawien selbst eine Kreation der Milosevic-Politik Serbiens? Und ist es nicht absurd, dass einige in Europa dieses Relikt Milosevics bewahren wollen, die Erbschaft einer monströsen Politik im Herzen Europas am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

Podgorica

12. Januar 2001

(Übersetzung der Redaktion)

Die Redaktion hat sich wiederholt bemüht, eine jugoslawische/serbische Stimme zur Statusfrage Montenegros für diese Ausgabe zu gewinnen. Dies erwies sich leider als nicht möglich. Von daher reflektiert dieser Monitor vorwiegend die montenegrinische Position.

Die Verhandlungsplattformen der montenegrinischen und der serbischen Seite sind abgedruckt in
Michael Emerson: A European Solution for the Constitutional Future of Montenegro, Anhang A,
www.ceps.be.

Stimmen der internationalen Politik zur Entwicklung in Montenegro (eine Sammlung von O-Tönen)

Vor der Wende in Belgrad

- Außenministerin Albright sagte Präsident Djukanovic, dass sie beunruhigt bleibt über einen möglichen Versuch Belgrads, seine Regierung zu stürzen. ... Die USA arbeiten eng mit der NATO zusammen, um bei der Auswahl militärischer Ziele der BRJ in Montenegro Zurückhaltung und Sorgfalt zu üben. Die amerikanische Unterstützung für Montenegro ist stark und unumstößlich. (*U.S. Department of State Press Statement, 30.3.1999*)
- [60 Mio. Euro an Hilfe für Montenegro seit 1998] Dies ist nicht ein Akt der Wohltätigkeit, sondern Hilfe für eine Freund. Es gibt eine große Unterstützung für Montenegro in der EU und in der internationalen Gemeinschaft und das Ausmaß der Unterstützung demonstriert das. Wir glauben, dass der demokratische Weg Montenegros nicht nur richtig für Montenegro, sondern für die Region als Ganzes ist. (*EU-Kommissar Patten in Montenegro, 10.3.2000*)
- Der Rat verurteilt die fortwährenden Versuche Belgrads, den Reformprozess in Montenegro zu destabilisieren. (*Rat für Allgemeine Angelegenheiten, Luxemburg, 13.6.2000*)
- Mit Blick auf den massiven ökonomischen und politischen Druck aus Belgrad wird die EU auch weiterhin Montenegros Bemühungen und demokratische und wirtschaftliche Reformen unterstützen. Sie begrüßt die Politik der montenegrinischen Regierung im Sinne ethnischer Toleranz und regionaler Kooperation. (*Europäischer Rat, Santa Maria de Feira, 19./20.6.2000*)
- Wir unterstützen ein demokratisches Montenegro innerhalb Jugoslawiens. (*U.S.-Außenministerin Albright, PK zusammen mit Patten, 3.8.2000*)
- Wir unterstreichen unsere sehr starke Unterstützung für die Integrität Montenegros und seine Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. (*U.S.-Außenministerin Albright, 7.9.2000, CNN*)
- Es war nicht einfach, gegenüber der montenegrinischen Seite zu argumentieren, warum wir sie einerseits drängen, nicht die Unabhängigkeit zu wählen, andererseits aber auch erklären zu müssen, dass Montenegro für Unterstützung der internationalen Finanzorganisationen nicht in Frage kommt, weil es ja nicht unabhängig ist. (*Patten, Correspondent Report, EU/Balkan, 5.10.2000*)

Bis zu den Parlamentswahlen im April 2001 in Montenegro

- Der Rat drängt die Autoritäten in Belgrad und Podgorica, sich auf einen offenen und demokratischen Prozess zu einigen, innerhalb des Gesamtrahmens der Föderation, um über neue verfassungsmäßige Regelungen für die Beziehungen zwischen den Teilen der Föderation zu entscheiden, die für alle Seiten akzeptabel sind. Der Rat begrüßt die Bereitschaft von Präsident Kostunica, in diesem Sinne eine konstruktive Rolle zu spielen. Er unterstreicht die Wichtigkeit dessen, einseitige Schritte zu vermeiden, welche diesen Verhandlungsprozess gefährden und die demokratische Legitimität seines Ausgangs zu sichern. Er bestätigt seine Überzeugung, dass jede Neu-Verhandlung der föderalen Beziehungen mit der inneren Stabilität in der BRJ und der regionalen Stabilität in Südosteuropa vereinbar sein muss. (*Rat für Allgemeine Angelegenheiten, Brüssel, 22./23.1.2001*)
- Wir sind sicher, dass die Montenegriner sich nicht den demagogischen Gedankengängen beugen werden, denen separatistische Ambitionen zugrunde liegen... Russland unterstützt nachdrücklich den Erhalt der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens. (*Außenminister Ivanov in einer gemeinsamen PK mit Außenminister Svilanovic, Belgrad, 19.3.2001*)
- Die Formel „ein demokratisches Montenegro innerhalb eines demokratischen Jugoslawien“ – das ist die Lösung, die am besten erscheint, und das ist auch diejenige, welche wir unterstützen. Das heißt auch, dass wir keine andere unterstützen. (*der franz. Außenminister Vedrigne, 12.4.2001*)

Seit den Wahlen in Montenegro

- Nun rufe ich die Führer von Podgorica und Belgrad noch mehr als zuvor auf, mit ernsthaften Gesprächen über ihre künftige Beziehung und neue Verfassungslösungen zu beginnen. ... Die EU unterstützt nachdrücklich ein demokratisches Montenegro innerhalb eines demokratischen Jugoslawien. Die EU lehnt alle einseitigen Schritte ab, welche der Stabilität in der Region zuwider laufen. Indem sie in einen offenen Dialog eintreten, geben Podgorica und Belgrad ein wichtiges positives Beispiel für die ganz Region. Die EU und ich selbe stehen bereit, sie in dieser Unternehmung zu unterstützen. (*Solana, Hoher Repräsentant der EU, 23.4.2001*)
- Es liegt nicht an Großbritannien vorzugeben, wie die neue Beziehung [zwischen Serbien und Montenegro] aussehen sollte. Was wir allerdings wünschen ist, dass der Weg zu Verfassungsreformen auf europäische Weise beschritten werden sollte; das heißt, durch einen Prozess des Dialoges und auf der Basis des Konsenses. Ich bin sicher, dass es der Wunsch der Regierung sein würde, eine Lösung zu finden, welche das Volk von Montenegro zusammenführt, statt zu spalten. (*der britische Außenminister Cook auf einer gemeinsamen PK mit Djukanovic in Podgorica, 25.4.2001*)
- Ein erfolgreicher Ausgang dieses Dialogs [zwischen Belgrad und Podgorica], der einseitige Aktionen ausschließt, würde es der EU ermöglichen, ihre politische, ökonomische und finanzielle Unterstützung für Montenegro fortzusetzen. Das würde auch eine günstige Teilnahme der BRJ am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess [der EU für Südosteuropa] fördern. (*Rat für Allgemeine Angelegenheiten, 14./15.5.2001, Brüssel*)
- Solana ließ keinen Zweifel daran, dass eine reformierte Föderation der beste und schnellste Weg für Montenegro ist, seine europäische Perspektive zu realisieren. Solana warnte vor völlig ungerechtfertigten Erwartungen, dass sich ein unabhängiges Montenegro auf dem schnellen Weg in die EU befindet. Montenegro würde im Effekt alles verlieren, was die BRJ in diesem Jahr mit großen Mühen erreicht hat und müsste sich neu für die Mitgliedschaft in internationalen Finanzinstitutionen und Organisationen bewerben – ein Prozess, der keineswegs automatisch ist. Die Perspektiven für internationale Unterstützung, ökonomische Entwicklung und EU-Integration Montenegros würden riskiert. (*Solana, 27.11.2001, EU Newsroom*)
- Mein persönlicher Eindruck ist, dass die Europäische Union einer völligen Zertrennung der Beziehungen zwischen Montenegro und der Bundesrepublik Jugoslawien feindlich gegenübersteht. Ich glaube nicht, dass sie im Moment geneigt ist, ein unabhängiges Montenegro anzuerkennen. (*Präsident Chirac in Belgrad, 8.12.2001, Beta*)
- Die EU unterstützt eine reformierte Föderation und nicht ihre Auflösung. Wir wollen keine Verhandlungen, die zu lange dauern. Die Situation sollte geklärt sein bis Ende Februar. (*Solana, 17.12.2001, Beta*)

Klara Stovicek, derzeit ZEI

Montenegro – eine historische Miszelle

Der Name Montenegro (die italienische Version des slawischen „Crna Gora“) tauchte das erste Mal im 13. Jahrhundert auf und wurde breiter genutzt seit 1435. Wenn auch die tiefen Wurzeln der wichtigsten Antagonismen der heutigen montenegrinischen Gesellschaft bereits in die ersten mittelalterlichen Reiche auf dem Gebiet des heutigen Montenegro, Duklja (Mitte des 9. bis Ende des 11. Jahrhunderts) und Zeta (Ende des 11. Jahrhunderts bis 1499) zurückreichen, so begann doch erst mit der türkischen Eroberung des Balkan eine bedeutendere Formierung der sozialen, politischen und institutionellen Charakteristiken Montenegros. Mit dem Fall des letzten Herrschers aus der Crnojevic-Dynastie begann zwar 1499 die einzige Periode des Niedergangs, im Sinne einer längeren Abwesenheit staatlicher Strukturen, die bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts reichte. Doch dies bedeutete nicht die Abwesenheit staatsbildender Strukturen in der Region. Denn während der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan war Montenegro das einzige Territorium, das praktisch für die ganze Periode – mit nur kurzen Unterbrechungen – *de facto* selbständig war.

Dieses Territorium, das vom 16. bis zum 19. Jahrhundert ein kleines Bergland umfasste, das von der Adria im Westen, dem Skodar-See im Süden, der Herzegowina im Norden und den Tälern der Zeta und Moraca begrenzt wurde, war in ständige Kämpfe mit den

Türken verwickelt. Durch diese Kämpfe wurden auch die anderen europäischen Mächte, die mit dem Osmanischen Reich im Konflikt lagen, auf Montenegro aufmerksam. Eine Kooperation unterschiedlicher Intensität begann, durch welche die auswärtigen Mächte einen kleinen, aber bedeutsamen Mitstreiter im Kampf gegen die Türken erlangten, während die Montenegriner umgekehrt materielle und politische Unterstützung in ihrem Kampf für die volle Unabhängigkeit erwarben.

Die erste, bedeutsamere Kooperation entwickelte sich in den Kriegen Venedigs gegen die Türken 1645-1649 und 1684-1699, später im russisch-türkischen Krieg von 1711, als die Montenegriner erstmals die Türken schwer schlugen. In dieser Zeit kam auch die Petrovic-Dynastie auf, welche Montenegro bis 1851 zunächst als Fürstbischöfe (also als geistliche und weltliche Herrscher), später nur noch als Fürsten und Könige regierte. In ihrer Außenpolitik lehnte sich die Dynastie vorwiegend an Russland an; kürzere Phasen der Kooperation gab es auch mit Venedig, Österreich-Ungarn, Italien und Frankreich.

Der bekannteste Herrscher dieser Dynastie war Bischof Petar I Petrovic (1783-1830), der das Land einte, die alten Staatsinstitutionen stärkte und neue aufbaute und zur gleichen Zeit eine Serie von diplomatischen wie militärischen Erfolgen verzeichnen konn-

te. Seinem Nachfolger, Petar II Petrovic Njegos, wenn auch weniger militärisch erfolgreich, gelang die erste offizielle Grenzdemarkation zwischen Montenegro und einem Nachbarn (Österreich, 1842). Allerdings bleibt er vor allem als Erzieher und Poet im Gedächtnis; seine Werke und sein Denken prägen bis heute das geistige und kulturelle Erbe des Landes. Auch wenn er einer der Erfinder der Idee eines gemeinsamen Staates aller Südslawen war, übernahm er, unter dem Einfluss seines serbischen Mentors, den Begriff „Serbentum“ und nutzte ihn in seinen Werken als Synonym für die Zugehörigkeit zur Orthodoxie. Dieses Faktum wurde von den Ideologen eines Groß-Serbien und vor allem von serbischen Intellektuellen als ein Hauptargument verwendet für die These, Montenegriner seien eigentlich Serben.

Nach dem Tod von Njegos verschwand die Theokratie aus Montenegro. Eine neue Epoche montenegrinischer Geschichte begann. Danilo (1851-1860) gab den Titel des Erzbischofs auf und akzeptierte den säkularen Titel des Fürsten. Er kooperierte eng mit Frankreich, während Russland und Österreich halfen, die Proteste und Angriffe der Türken abzuwehren, die der Statusänderung folgten. Nikola I (1860-1918), der letzte König Montenegros, erwarb schließlich in seiner langen Amtszeit die internationale Anerkennung seines Landes. Er besiegte die Türken im Krieg von 1875-1878. Am 13. Juli 1878 wur-

Literatur zur aktuellen Lage in Montenegro:

Die International Crisis Group bringt regelmäßig Berichte heraus. Bisher erschienen:
 Montenegro: Resolving the Independence Deadlock, Report, 1.8.2001.
 Time to Decide: A Pre-election Briefing Paper, Briefing, 18.4.2001.
 Montenegro: Settling for Independence?, Report, 28.3.2001.
 Montenegro: Which Way Next?, Briefing, 30.11.2000.
 (<http://www.crisisweb.org>)

Das United States Institute of Peace hat bisher zwei Berichte herausgebracht:
 Stojan Cerovic, Serbia and Montenegro, Special Report, 2.4.2001.
 Montenegro - And More - At Risk, Special Report, 11.1.1999.
 (<http://www.usip.org>)

Transition in Montenegro (Themenausgabe), Center for Democracy and Human Rights, Podgorica, Report 1/2001
 Steven C. Calhoun, Serbia and Montenegro: The Struggle to Redefine Yugoslavia, European Security, 3/Herbst 2000.
 Wolfgang Libal, Montenegro - neues Problem für Belgrad, Europäische Rundschau 2/1999.

de Montenegro, nach einer Entscheidung des Berliner Kongresses, der 27. international anerkannte Staat der Welt. Montenegro erhielt erstmals Zugang zur Adria und konnte sein Territorium auf fruchtbarere Gebiete und städtische Siedlungen (etwa Podgorica, Niksic, Bar und Ulcinj) ausweiten. Später, 1918, kam die Bucht von Kotor hinzu, die zuvor zu Venedig und, seit 1797, zu Österreich gehörte.

Auch wenn Fürst, und ab 1910 König Nikola den jahrhundertelangen Staatsbildungsprozess abschließen konnte, war er doch zugleich ein bedeutender Repräsentant der doppelten Identität Montenegros. Einerseits entwickelte er Staatsinstitutionen nach europäischem Standard, baute staatliche und persönliche Beziehungen zu allen führenden Nationen des Westens auf, verwirklichte eine Politik nationaler und religiöser Toleranz und beschleunigte die soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung des Landes. Insofern trug er viel zur Entwicklung der montenegrinischen Identität bei und führte Montenegro in den Kreis der europäischen Zivilisation. Andererseits jedoch blieb Nikola I den Geschichtsmysmen und imperialen Konzepten verhaftet. Sein Selbstbewusstsein wurde zudem gestärkt durch Russland, das ihn zeitweilig als Kandidaten für die Führung seiner imperialen Projekte auf dem Balkan handelte. Progressiv und liberal zu Anfang, wurde er autoritär, ein Anachronismus in der zweiten Hälfte seiner Herrschaft.

Im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert nutzten die serbischen Autoritäten diese Situation in mehrfacher Hinsicht. Der serbische Einfluss auf die jungen montenegrinischen Intellektuellen, die überwiegend in Serbien studierten, war direkt, während der Einfluss auf die politischen und militärischen Strukturen in Montenegro über starke geheimdienstliche Tätigkeit erfolgte. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg war alles bereit für die Desintegration des Staates und seine Annexion durch Serbien. Nikola, inzwischen alt, legte zu Beginn des Krieges alle Macht in die Hände von Personen, die serbischem Einfluss in mehr oder minder großem

Maße unterlagen. Die montenegrinische Armee unterstand dem gemeinsamen Kommando mit Hauptquartier in Belgrad und wurde praktisch vernichtet – eine Folge bewusst falscher Instruktion. Nikola selbst emigrierte 1916 nach Paris, was die Situation für ihn selbst wie für seine Anhänger noch schwieriger machte.

Am Ende des Krieges kamen die serbischen Truppen als Befreier nach Montenegro, verhielten sich aber wie Invasoren. Die Maske der jugoslawischen Idee fiel sehr schnell. Die Ideen eines nationalistischen Großserbien wurden offenbar. Im Dezember 1918 trat das illegitime Parlament in Podgorica zusammen. Die anwesenden Abgeordneten stimmten für die Angliederung Montenegros an Serbien, auch für ein Verbot der Rückkehr Nikolas. Montenegro war damit das einzige Land, das an der Seite der Alliierten gekämpft hatte und nun seine staatliche Unabhängigkeit verlor.

Aber viele waren gegen die Integration in das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ und leisteten Widerstand. Im Januar 1919 begann die Rebellion der Anhänger des abgesetzten Königs, der „Grünen“, und sie dauerte mehr als fünf Jahre. Das serbische Regime und seine Anhänger, die „Weißen“, erstickten den Aufstand in Blut, zur selben Zeit die Bevölkerung mit Repression und Propaganda auf den eigenen Kurs einschwörend. Die brüderlichen Gefühle schwanden. Viele Anhänger der Vereinigung änderten ihre Meinung.

So blieb Montenegro ökonomisch, politisch, sozial und kulturell bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges isoliert. Paradoxaerweise trug gerade dieser Missbrauch der jugoslawischen Idee zum Erwachen der nationalen Identität, vor allem unter der jüngeren Menschen, bei. Im Zweiten Weltkrieg nahm die nationale Selbstvergewisserung unter dem Einfluss der Kommunisten und ihrem Konzept der nationalen Emanzipation rasch zu. Nach dem Krieg manifestierte sich das formell in der Schaffung einer eigenen Republik Montenegro im sozialistischen Jugoslawien.

Gemäß der Verfassung von 1974 erhielt Montenegro die Gelegenheit, seine Institutionen wie seine Identität weiter zu entwickeln, und es machte guten Gebrauch davon. Nach der Ankunft Milosevics und des serbischen Nationalismus 1987 jedoch kamen die Integralisten in Montenegro erneut an die Macht. Diese Situation blieb bestehen, bis die Enttäuschung und das Bewusstsein über den neuen Betrug – seit 1992 Bundesrepublik Jugoslawien genannt – kulminierte. Die Wahlen von 1997, 1998 und 2001 gewannen jene Kräfte, die europäischen Werten folgen.

Heute ist Montenegro erneut am Scheidepunkt. Wird sich das byzantinisch-orientalische Konzept erneut durchsetzen? Diesmal ist das Konzept verpackt in dem integralistischen Slogan „Ein demokratisches Montenegro in einem demokratischen Jugoslawien“. Dem steht das Konzept der präzisen Definition zweier separater staatlicher Einheiten, Serbien und Montenegro, gegenüber, die jede für sich den Weg der Integration auf dem Balkan und in die euro-atlantischen Strukturen gehen. Nach meiner Überzeugung wurzelt nur dieses Konzept in den europäischen Werten von Toleranz und Verständigung, Gemeinsinn und friedlichem Miteinander.

Momcilo V. Radulovic
(Übersetzung der Redaktion)

Deutsch- oder englischsprachige Literatur über die Geschichte Montenegros gibt es praktisch nicht.
Empfehlenswert allerdings:
Miomir Dasic:
Montenegro bis 1918,
in: Melcic, Dunja (Hg.):
Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Opladen 1999, S. 109-119.

Die doppelte Identität Montenegros

Zwei Entwicklungen der letzten Jahre sind für das heutige Montenegro maßgeblich: einerseits die Etablierung von Serbien und Montenegro als de facto unabhängige Staaten; andererseits der heftige interne Machtkampf in Montenegro zwischen zwei extrem antagonistischen Lagern: den pro-jugoslawischen Kräften und den Unabhängigkeitsbefürwortern.

Wer diese Besonderheiten der Situation in Montenegro verstehen will, muss sie zunächst einmal im Rahmen des post-kommunistischen Überganges verstehen. In Montenegro wie überall in Mittel- und Osteuropa begann diese Übergangsphase 1989. Doch in Montenegro hat sie sich in zwei sehr unterschiedlichen Phasen vollzogen. Von 1989 bis 1997 erlebte Montenegro eine Art negativer Transition: das eine (kommunistische) geschlossene System wurde durch ein anderes (nationalistisches) ersetzt. Die Balkankriege haben diesem zerstörerischen Prozess zur vollen Ausprägung verholfen und ihn vorangetrieben. Während dieser gesamten Phase gab es eine Koalition zwischen den Sozialisten in Serbien und Montenegro. Gemeinsam gründeten diese extrem nationalistischen Parteien die Bundesrepublik Jugoslawien 1992. Wegen ihrer undemokratischen Ursprünge und Verfasstheit war dieses Jugoslawien jedoch nie mehr als eine Fassade, hinter der sich das Konzept Groß-Serbiens verbarg.

Die großen, dreimonatigen Anti-Milosevic-Protteste in Serbien im Herbst und Winter 1996/97 leiteten dann den Übergang zur zweiten Phase des post-kommunistischen Übergangs in Montenegro ein. In Serbien vergingen die Zajedno-Protteste fast ohne Wirkung. In Montenegro jedoch provozierten sie im Frühling und Sommer 1997 einen offenen politischen Machtkampf und eine Spaltung der regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS). Milosevics Anhänger, angeführt von Momir Bulatovic, verloren diesen Machtkampf, verließen die Partei und gründeten die neue, explizit pro-Milosevic ausgerichtete Sozialistische Volkspartei (SNP). Erst dieser Prozess machte den Beginn der positiven Transition in der zweiten Phase ab 1997 möglich. Um

dem Milosevic-Regime zu widerstehen, musste Milo Djukanovics DPS am 1. September 1997 eine Koalition mit der Anti-Milosevic-Opposition eingehen. In den darauf folgenden Monaten erlitten die Pro-Milosevic-Kräfte zwei schwere Niederlagen: Am 19. Oktober 1997 verlor Bulatovic die Präsidentenwahlen gegen Djukanovic; und am 31. Mai 1998 wurden die Pro-Milosevic-Kräfte in den vorgezogenen Parlamentswahlen geschlagen.

Die politische Konfrontation der beiden Lager in Montenegro zieht sich entlang der typischen Probleme, Themen und Dispute einer Transitions-gesellschaft. Die Pro-Milosevic-Kräfte, anti-modernistisch in ihrer Grundausrichtung, stehen für den groß-serbischen Nationalismus, für Ethnozentrismus, eine geschlossene Gesellschaft wie für ökonomischen und politischen Konservatismus. Die Anti-Milosevic-Kräfte, pro-modernistisch und europäisch ausgerichtet, haben nach gut drei Jahren Regierungszeit erste wichtige Ergebnisse bei der Entwicklung von multi-ethnischer Toleranz, einer offenen Zivilgesellschaft, bei der Reintegration in die internationale Gemeinschaft und in ihren ökonomischen und politischen Reformen vorzuweisen. Alle diese Fragen jedoch wurden durch die Statusfrage für Montenegro überlagert, wie sie sich seit März 1997 erneut offen stellt.

Milosevic und seine Anhänger vollzogen seit 1997 eine taktische Wende und versuchten alles, Montenegro aus der Bundesrepublik Jugoslawien hinauszutreiben. Nach und nach wurden alle föderalen Normen und Institutionen jeder glaubwürdigen Substanz beraubt. Politisch konnte dies durch das Zusammengehen der Milosevic-Koalition in Serbien mit der Sozialistischen Volkspartei, der Minderheit in Montenegro, erreicht werden. Nicht Montenegro hat die Sezession vorangetrieben, sondern Milosevics Serbien hat sie schleichend vollzogen. Das Resultat ist das Durcheinander der Kompetenzen und der Dualismus der Macht, wie es gegenwärtig in der Bundesrepublik Jugoslawien und in Montenegro herrscht.

Nach all dem, was im letzten Jahrzehnt

des zerfallenden Jugoslawien, in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo geschah, sollte sich wirklich niemand wundern über die Entwicklungen in Montenegro. Erstaunlich ist allerdings, warum noch immer ein so relativ starker Teil der montenegrinischen Bevölkerung wiederholt die Pro-Milosevic-Kräfte unterstützt. Momir Bulatovic verlor die Präsidentschaftswahlen 1997 nur äußerst knapp. Im Mai 1998 erhielt er zwar nur 36 Prozent der Stimmen, doch im April 2001 waren es erneut 41 Prozent. Sicherlich spielt dabei der Effekt der lang anhaltenden Propaganda und Repression Milosevics eine Rolle. Dennoch verlangt dies eine tiefere Erklärung, die nur im Bereich der montenegrinischen Identität gefunden werden kann.

Nach dem letzten Zensus von 1991 hat Montenegro nur 616 552 Einwohner. 61,9 Prozent davon sind Montenegriner, 14,6 Prozent Moslems, 9,3 Prozent Serben, 6,6 Prozent Albaner. Auch wenn die meisten Moslems und Albaner gegen und die meisten Serben für die jugoslawische Option bisher stimmten, erklärt dies noch nicht die hohe Zahl der Befürworter einer Neuaufgabe Jugoslawiens. Offensichtlich geben die ethnischen Montenegriner selbst den Ausschlag. Wenn man die letzten Wahlergebnisse und Umfragen korreliert, wird deutlich, dass diese Gruppe selber etwa 50 zu 50 gespalten ist. Viele ethnische Montenegriner halten sich lediglich für Montenegriner, andere jedoch zugleich auch für Serben. Dieses Phänomen der „doppelten Identität“ ist keineswegs neu. Samuel Huntington hat es mit den Begriffen „gespaltene Gesellschaft“ und „kulturelle Schizophrenie“ beschrieben - aber nur beschrieben. Es fehlt noch eine tiefere Erklärung dieses Phänomens.

Im Fall Montenegros spielt der über mindestens zwei Jahrhunderte dauernde, extrem widersprüchliche Prozess der Staats- und Nationenbildung eine große Rolle. Unabhängigkeit oder Anschluss an eine größere staatliche Einheit (Groß-Serbien oder Jugoslawien) - dies waren stets prinzipielle und manchmal auch gewaltsam ausgetragene Alternativen. Die doppelte Identität hat sich im Bewusstsein der mei-

sten Montenegriner als ein widersprüchliches, aber logisches Resultat dieser konkurrierenden Staatsideen festgesetzt.

Jahrhunderte vor der formellen Anerkennung auf dem Berliner Kongress genoss Montenegro alle Privilegien eines unabhängigen Territoriums. Permanent kämpfte man mit Verve für die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich. Unter stetem Druck von äußeren, stärkeren Feinden lag die Orientierung an einer größeren, pan-slawischen oder pan-serbischen Idee nahe. Auf der anderen Seite drängte ein großer Stolz auf die jahrhundertealte Unabhängigkeit und tiefe Enttäuschungen über die praktischen Erfahrungen mit der Integration in größere Staatsgebilde mehr und mehr Montenegriner, den Kampf für die Unabhängigkeit aufzunehmen. Dieser Prozess pulsierte während des gesamten kriegerischen und turbulenten 20. Jahrhunderts. 1918 verlor Montenegro seine Unabhängigkeit an Jugoslawien. Die Reaktion war ein langer Bürgerkrieg zwischen den „Weißen“ und den „Grünen“ bis 1929.

Die „Weißen“ wurden dabei natürlich direkt von Serbien unterstützt. Die Verbindung zwischen den serbischen und den montenegrinischen Anhängern der großserbischen Idee existiert seit dieser Zeit. Die Etablierung der Teilrepublik Montenegro 1945 in einem hoch zentralisierten Jugoslawien war eine Art stiller Kompromiss beider Kräfte.

In den 1990er Jahren wurde das Drama der doppelten Identität Montenegros dann aufs Neue eröffnet. Es erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt. Auf der einen Seite gibt es eine klare Zunahme der Pro-Unabhängigkeitskräfte. 1991 bis 1997 machte die Gruppierung nicht mehr als ein Fünftel der Bevölkerung aus; seit 1997 ist sie auf die Hälfte der Wählerschaft angewachsen; das NATO-Bombardement und der wachsende Druck aus Serbien hat seither die Zahl weiter ansteigen lassen. Auf der anderen Seite ist es zu einer starken Polarisierung mit dem Risiko einer internen Auseinandersetzung gekommen, das vor allem zu Zeiten Milosevics beachtlich war. Die in der Verfassung vorgesehene Möglichkeit eines

Referendums war unter diesen Umständen die Möglichkeit, den Konflikt vorerst „einzufrieren“ und einer gütlichen Lösung zuzuführen.

Montenegros prekäre Lage ist bedingt durch eine sehr komplexe Mixtur innerer und äußerer Faktoren. Seine Zukunft ist extrem unsicher und vage. Kein Wunder, dass einer der Namen, der heute am häufigsten über die Lippen der Menschen in Montenegro kommt, der des Heiligen Petar von Cetinje ist, des Gründungsvaters von Montenegro, der als religiöser und politischer Führer vor zweihundert Jahren lebte. Könnte das vielleicht ein Zeichen einer Obhut und Hoffnung von oben sein?

Prof. Dr. Milan Popovic
Universität Podgorica

*Von Milan Popovic ist soeben ein neues Buch erschienen:
Montenegrin Mirror. Polity in Turmoil (1991-2001), Nansen Dialogue Center, Podgorica 2002.*

Die OSZE zu den Modalitäten des Referendumsgesetzes in Montenegro

(Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte)

- Das Referendumsgesetz (angenommen am 19.2.2001) in der Republik Montenegro verlangt für eine Gültigkeit des Referendums die Teilnahme der einfachen Mehrheit der registrierten Wähler und eine einfache Mehrheit der Abstimmenden. Das Referendumsgesetz enthielt Bestimmungen nur für eine minimale Beteiligung. Der Entwurf *lex specialis* (zusätzlich zum Referendumsgesetz am 10.10.2001 angenommen) enthält keine solchen minimalen Schutzbedingungen, mit dem erklärten Ziel, die Anreize für einen Boykott des Referendums zu beseitigen. Das internationale Recht wie auch die OSZE-Verpflichtungen in den Kopenhagener Dokumenten enthalten keine Vorgaben, was die Frage einer akzeptablen Mehrheit anbelangt. Jedoch bestätigt uns die beste internationale Praxis bei der Durchführung von Referenden in ähnlichen Situationen, dass ein bestimmtes Maß an gewichteter oder qualifizierter Mehrheit vorzuziehen ist, um den Ausgang des Referendums weniger anfechtbar zu machen und die Stabilität zu sichern.
- Wenn das Referendum gewisse Fragen anspricht, die Verfassungsänderungen implizieren, muss das Parlament jede Gesetzgebung, die das Ergebnis des Referendums umsetzen soll, mit Zwei-Drittel-Mehrheit annehmen. Unter den Vorgaben der gegenwärtigen Verfassung könnte deshalb eine Verfassungskrise aus dem Referendum erwachsen, das nur von einer kleineren Mehrheit angenommen wird, als für die Annahme mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament erforderlich.
- ODIHR kann nicht empfehlen, auf irgendeinen Mechanismus der Gewichtung oder Qualifizierung zu verzichten, aus zwei Gründen: erstens, die Legitimität des Referendums mit einer Beteiligung von unter 50 Prozent könnte innenpolitisch wie international angefochten werden. Zweitens, Druck auf die Opposition durch solche Mittel dürfte kaum die erwünschten Ergebnisse bringen, dürfte die politische Polarisierung weiter erhöhen und könnte deshalb selbst als Anreiz für die Opposition dienen, sich zu enthalten.

(aus: Assessment of the Referendum Law Republic of Montenegro Federal Republic of Yugoslavia, 6.7.2001; sowie Comments on Draft "Referendum Law on the State Status of the Republic of Montenegro" Federal Republic of Yugoslavia, 5.11.2001, www.osce.org/odihr/documents/reports/election_reports/yu/mnt_reflaw_nov2001.php3)

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Konferenz des Netzwerks für Europastudien in Belgrade

Am 24. und 25. Januar fand die vierte Jahreskonferenz des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa statt. Mehr als 40 Vertreter der Netzwerkpartner kamen zusammen, um eine gute Bilanz der ersten zwei Jahre des Netzwerkes zu ziehen - aus Aachen und Ankara, Blagoevgrad, Bonn und Bukarest, Chemnitz, Cluj und Giurgiu, aus Münster, Novi Sad und Plovdiv, Podgorica, Rousse und Skopje, aus Sofia, Timisoara, Tirana und Zagreb. Unter den Gästen waren zahlreiche Vertreter aus Wissenschaft und Politik, darunter auch die Oberbürgermeisterin der Stadt Belgrad, Frau Radmila Hrustanovic. Die Ko-Organisatoren der Konferenz waren das Alternative Netzwerk für Europastudien (AAEN, Belgrad) wie auch die Michael-Zikic-Stiftung (Bonn). Die Konferenz wurde vom DAAD mit Stabilitätspaktgeldern der Bundesregierung gefördert.

Die Tagung bot Anlaß, eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren Arbeit des Netzwerkes zu ziehen. Das Netzwerk konnte bereits einen beachtlichen Beitrag zur Stärkung vorhandener und zum Aufbau neuer Europastudienprogramme in der Region leisten. Derzeit laufen vor allem folgende Aktivitäten:

- Herausgabe einer Reader-Serie „European Integration and South Eastern Europe“, die als Grundlagenliteratur Dozenten wie Studenten der Region zur Verfügung gestellt werden soll. Die ersten fünf Texte der Reihe sind in Entstehung.
- Durchführung mehrtägiger Intensivkurse zur Europafragen durch eine „fliegende Fakultät“, deren Dozenten vom ZEI seit Herbst 2001 an Universitäten in der ganzen Re-

gion geschickt werden (bisher nach Blagoevgrad, Bukarest, Giurgiu, Novi Sad, Podgorica, Rousse, Sofia und Tirana).

- Aufbau eines Europa-Lehrprogramms für Politik und Wirtschaft in Zagreb mittels „distant learning“ mit Hilfe der Hrvatski Telekom.
- Einwöchige „Train the trainers“-Kurse für Dozenten in der Region. Der erste Kurs wird im Mai 2002 in Kotor/Montenegro stattfinden.
- Aufbau eines Programms „Europa an die Schulen“ für Südosteuropa. Ziel: Erarbeitung eines Curriculums für die Lehrerausbildung sowie von Lehrmaterialien für den Unterricht. Deutsche Europaschulen sollen eingebunden werden.

Einer der Höhepunkte der Belgrader Konferenz war die Vorstellung des ersten schriftlichen Produkts der gemeinsamen Anstrengungen der Netzwerkpartner - ein Modellcurriculum für Europastudien in der Region. Das Curriculum wurde in mehreren Treffen der Arbeitsgruppe „Curriculum“ des Netzwerkes diskutiert. Danach hat eine Gruppe von Dozenten, die entweder Mitarbeiter oder Senior Fellows des ZEI sind, das Kursprogramm mit Beschreibungen und Literaturlisten für jeden einzelnen Kurs ausgefüllt. Das Curriculum ist spezifisch auf die Bedürfnisse von Europastudiengängen in der Region zugeschnitten. Es ist interdisziplinär angelegt, mit den fünf Schwerpunktbereichen Geschichte, Politik, Wirtschaft, Recht und Sprachen. Am Rande der Konferenz fanden Gespräche mit Vertretern der Universitäten von Rousse und Giurgiu wie von Podgorica statt, die derzeit mit Hilfe des ZEI Europastudiengänge auf-

bauen und bereits erheblich von den Ergebnissen der Arbeit der Arbeitsgruppe „Curriculum“ des Netzwerkes profitiert haben.

Wie schon in Tirana am 19. und 20. Oktober 2001 wurde im Rahmen auch dieser Tagung ein Workshop organisiert. Das Thema „Die Herausforderungen der Transformation in Südosteuropa“ führte zu einer intensiven Diskussion mit den drei Panelrednern, der serbischen Vizeministerin für Bildung, Prof. Dr. Srbijanka Turajlic, dem Vizegouverneur der Jugoslawischen Nationalbank, Radovan Jelasic,

Rafael Biermann/
Emil Mintchev: Core Curriculum für European Studies in South Eastern Europe, Reihe European Integration and South Eastern Europe des ZEI, SEE 1/2002 (auf der Homepage des ZEI erhältlich).

und dem Vorsitzenden des Vorstandes der Hypo-Vereinsbank - Banka Jugoslavija, Christoph Greussing.

Erneut wurde deutlich, wie sehr sich das Netzwerk für Europastudien als ein Faktor für die Europäisierung der Region etabliert hat. „Stabilität für Bildung“ in der Region hat Zukunft. Praktische Ergebnisse und zielgerichtete Unterstützung soll dabei auch weiterhin im Vordergrund stehen. Weitere Informationen bei Dr. Emil Mintchev (emintchev@uni-bonn.de).

Dr. Emil Mintchev/
Dr. Rafael Biermann, ZEI

Kroatien - eine Halbzeitbilanz



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI
Kordinatorator: Dr. Rafael Biermann
Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev
Dr. Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG
CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES
RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
Walter-Flex-Str. 3
D-53113 Bonn
Fax: 0228 / 731894
e-mail:
soe.monitor@uni-bonn.de